

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbehalte kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbehalte werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmershauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Nr.: Vltverband Bochum.

Ein Werk schnödesten Selbstsucht.

Die Preisstreberei besonders auf dem Lebensmittelmarkt wird seit Kriegsbeginn mit jedem Tage schlimmer und es haben sich Zustände herausgebildet, die unerträglich und schmachvoll sind. Ist doch die Teuerung, die das Volkswohl aufs schwerste bedroht, nicht aus Mangel an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln entstanden, sondern lediglich das Werk schnödesten Selbstsucht. Alle Mahnungen, Beschwörungen, Warnungen, Maßnahmen und Drohungen vermochten nicht, dem schändlichen Treiben auch nur im geringsten Einhalt zu tun.

Wir sind darüber nicht überrastet, sondern haben das alles vorausgesehen und vorausgesagt. Unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung ist doch auf Selbstsucht gegliedert. Landwirte, Fabrikanten, Geschäftslente usw. betreiben ihr Gewerbe nicht aus Selbstlosigkeit für das Gesamtwohl, sondern aus Selbstsucht, um sich auf Kosten der Gesamtheit Sonder Vorteile zu verschaffen. Nur der Konkurrenzkampf zwingt der Selbstsucht gewisse Grenzen. Als Deutschland aber mit Kriegsbeginn fast von aller Welt abgeschnitten war und der Konkurrenzkampf von außen aufhörte, mußte die Selbstsucht naturgemäß in gleichem Maße alle Schranken durchbrechen und Zustände zeitigen, wie wir sie leider erleben haben und voraussichtlich noch erleben müssen.

Alles das haben wir, wie schon angeführt, vorausgesehen und vorausgesagt, predigten aber zumeist tauben Ohren. Wurde doch die gesunde Selbstsucht als Trägerin und Schöpferin edelster Menschheitskultur verherrlicht. Diejenigen aber, die anderer Meinung waren, weil sie die Gemeingefährlichkeit der Selbstsucht als Trägerin unserer Wirtschaftssysteme erkannten und dagegen ankämpften, wurden deshalb als Umstürzler und Vaterlandsfeinde geschmäht und verfolgt. Jetzt aber, wo die „Kriegskonjunktur“ der Selbstsucht die Möglichkeit gibt, sich in ihrer ganzen Radikalität, Schamlosigkeit und Gemeingefährlichkeit zu zeigen, beginnt es selbst den bisherigen Verherrlichern dieser „Trägerin und Schöpferin edelster Menschheitskultur“ davor zu grauen. Sogar die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, „Rhein-Westf. Btg.“, „Kölnische Bzg.“, „Kölnische Volksztg.“ usw. rufen nach dem starken Mann, der dem schamlosen, gemeingefährlichen Treiben ein Ziel setzen soll. Unter anderen Vorschlägen wäre das für uns eine stolze Genugtuung. Jetzt aber müssen wir mit Born und Trauer der ungeheuren Opfer gedenken, die besonders den Fernsten der Armen von der schönsten Selbstsucht auferlegt wurden; da kann kein Gefühl der Genugtuung aufkommen.

Welche Empörung dieses schmachvolle Tränenbild bei sittlich empfindenden Menschen, gleichviel welcher politischen und sozialen Überzeugung sie sind, auslöst, zeigt ein Artikel: „Die Mammonwerke“ von Ferdinand Wbenarius in seinem „Kunstwart“, worin es heißt:

„Das ihr Schatten die Welt wie mit Sämnis färbt, und wie er es tut, dabon brauchen wir heute gar nicht mehr zu reden, denn jeder weiß es. Von den Männern, die an Regierungstischen sitzen, bis zum bescheidensten Arbeiter an irgend einem Maschinenrad geht das gleiche Stammen durch das Volk: daß es soundso viele Menschen im Lande gibt, die darben machen, die darben machen die, welche ihnen die Möglichkeit geben, sich zu bereichern, die darben machen die, deren Gatten, Väter, Brüder, Söhne sich auch für sie, die Einkäufer und Spekulanten, mit opfern. Liegt es nun so wie bei Solons Gefes, das den Vatermord nicht verdammt, weil es ihn für unmöglich hielt? Gaben wir keine Rechtsmacht gegen dieses Tun, weil wir es für unmöglich hielten? Und sind sie denn etwa nicht alle Schurken, die jetzt, wir scheuen das rechte Wort nicht mehr, wuchern?“

Alle Schurken? Da werfen sich Fragen zwischen unseren Born. Jeder von uns kennt doch von „denjenigen, welche“ auch

einen und den anderen — wie sind denn die? Machen sie alle den Eindruck von Vampiren, oder sind sie kaltblütige Bestien? Uns fällt ein: selten, der da hat seinen beiden Söhnen erlaubt, freiwillig mitzugehen. Des dritten seiner trägt längst das Eisene Kreuz. Und dem dritten seiner ein Freiwilliger, der begeisterte Junge, er fiel. Geht euch unter den Kriegswuchern um und ihr werdet neben den Schurken auch Leute finden — welche eher Blut hergeben, als Geld. Als Geld hergeben? Auch das trifft nicht immer ganz. Es gibt schon Leute darunter, die gaben fürs Vaterland und tun das noch und dochten im Anfang gar nicht daran, zu wuchern. Dann aber — ja dann ergab sich die „Konjunktur“. Die Konjunktur, wagt ihr, die „muß“ der Händler benötigen. Soviel wie möglich verdienen, sagt ihr, das „muß“ der Kaufmann, denn wenn er das nicht tut, so ist er kein guter Kaufmann. „Geschäft ist Geschäft“, versteht ihr! Was der Kaufmann als Privatmann fühlt, das ist wieder eine Sache für sich. Als Mensch gab ich tausend Mark fürs rote Kreuz, sonst wäre ich ein schlechter Mensch, als Kaufmann stecke ich hunderttausend ein, sonst wäre ich ein schlechter Kaufmann. Der kennt die Menschenfelle schlecht, der meint, solche Sophisterei müsse ihr bewußt werden. Wenn die Rechte gibt, so denkt sie sehr oft in der Tat nicht daran, was die Linke nimmt, denn die Rechte gehört dem guten Menschen und die Linke dem guten Kaufmann.

Haben denn unsere Einrichtungen diesen Geist der doppelten Buchführung nicht Jahraheint auf Jahraheint bestärkt, gepflegt, geheiligt, daß er sich wohl gar selbst für was Heiliges halten durfte? Wenn man immer wieder von der Heiligkeit des Privateigentums redete, war es denn ein Wunder, daß so und so viele in der Meinung dieser geheiligten Sache auch wieder etwas Heiliges sahen? Wie viele böseste Schurkereien sind von Vertriebenen wie Lappalien geschändet worden im Vergleich zu den Strafen für kleine Vergehen gegen den Besitz! Was den Geist des Kapitalismus betrifft und die Mittel, die ihm dienen, so schaden sie so nicht erst jetzt, wo wir sie in aller Größe sehen, sie schaden uns im heimlichen längst. Sie hüthen uns nicht wieder schaden. Jetzt ist die Zeit, entkiffen gegen sie vorzugehen. Es ist leicht zu begreifen, daß das unseren Verantwortlichen sehr schwer wird. Wenn auch das kapitalistische System der rücksichtslosesten Sicherbericherung und der Gedanke von der unbedingten Unantastbarkeit des Privateigentums durch unsere Gesetzgebung schon längst durchlöcher ist, es ist doch nicht nur, wie man sie schelten, die alte Gemeinhalt, die unter dem Geß der Trägheit hemmt. Es ist auch Sorge. Mag sein, daß jetzt Eingriffe nötig sind bis zu den Fundamenten unseres Wirtschaftsbaues in der Tiefe, und daß man sich vor denen als vor gefährlichen Ungewissheiten scheut. Eines jedoch könnte den Mut noch stärken, wenn die Schwere der jetzigen Erfahrungen nicht ohnehin kräftiger als alle Bedenken auch zum Wagnis ermutigen müßte. Das ist ja auch ein Besondere der Zeit, das nur während des Krieges gilt und also nur jetzt ausgenutzt werden mag: wir können eben jetzt weit leichter als im Frieden Versuche machen...

Wenn die „Konjunktur“ erlauben mag, den Preis für Entbehrliches einfach nach Angebot und Nachfrage zu regeln wie beim Güterüberschuß im Frieden, so ist es doch ohne Frage unheimlich, Unentbehrliches zu verteuern. Unentbehrliches sogar, wo die Kaufkraft des Einzelnen so viel schwächer ist! Au wenigsten aber ist eine Zweiteilung der Nation derart denkbar, daß die einen opfern und die anderen sich aus diesen Opfern Extradienste schaffen. So aber wäre das Verhältnis, wenn es weiterginge, wie es geht.“

gestiegen. Schmalz und Rücken Fett sind bis auf 2,40 Mk. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1,90 Mk. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preisstreberei noch nicht abzusehen, wir haben mit weiterem hinausschrauben der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fetten läßt es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen, wie bei der Brotversorgung.

Die neuerdings zur Regelung der Kartoffelversorgung berufene Organisation kann auf ihrem besonderen Gebiete gewiß mancherlei Gutes schaffen, zu einer wirksamen Bekämpfung des Lebensmittelwuchers wird auch sie nicht imstande sein.

Von der größten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der günstigen Ernte hat die Bevölkerung ein Anrecht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preislage für alle anderen Nahrungsmittel die Kartoffel für die ärmere Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf den Markt gelangen muß.

Dringend ersuchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpräparate. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie sichern den Unternehmungen nur unerhörte Gewinne. Die hohe Preislage für diese Produkte dient nur zur höheren Verwertung der Getreideernte und damit wieder zu Preisstrebereien für die Fabrikstoffe.

Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höheren Produktionskosten nicht in Anrechnung zu bringen — aber diese Preise gehen weit über berechnete Ansprüche hinaus; sie bedeuten Kriegsgewinne von nicht geringer Art. Dagegen erheben wir Einspruch.

Wir betonen noch einmal, daß die Preissteigerung, die uns die einheimische Landwirtschaft auferlegt, unsere Volksernährung in erste Gefahr bringt. Das zu verhüten, verlangen wir, und wir bitten, daß die Regierung auch dann keine Bedenken aufkommen läßt, wenn sich ihre Maßnahmen gegen eine starke politische Interessengruppe im Reiche richten. Das Wohl des gesamten Volkes erfordert, daß wir zu erträglichen Zuständen in der Lebensmittelversorgung kommen.“

Teuerung und Landwirtschaft.

Von der Generalkommission der freien Gewerkschaften wird uns geschrieben: Die Eingabe, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften an den Reichskanzler richteten, um Maßnahmen zu empfehlen, wie der weiteren Preissteigerung der Lebensmittel zu begegnen und eine Herabsetzung der hohen Preise möglichst ist, gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Anlaß zu beklagen, daß in der gegenwärtigen Zeit bei der Geltendmachung solcher Wünsche auch scharfe und haltlose Angriffe auf die Landwirtschaft erhoben wurden.

Die Zeit ist uns zu kurz, um uns mit bloßen Wünschen zu begnügen. Wir müssen im Interesse der Bevölkerung der Ursache der Lebensmittelteuerung auf den Grund gehen. Und wenn hierbei unberechtigte Ansprüche in landwirtschaftlichen Kreisen, wobei wir durchaus hervorzuheben haben, daß diese zum Glück nicht allgemein erhoben werden, sich geltend machen, so sind wir doch gezwungen, ein energisches Wort darüber zu reden, ohne denjenigen zu verletzten, der schuldlos an solchen Treibereien ist.

Es kommt uns deshalb durchaus gelegen, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ versucht, unsere Einwände gegen die hohe Preislage, soweit sie der Landwirtschaft zur Last fallen, zu entkräften. Wir werden wir ihr sofort in einigen tatsächlichen Gegenüberstellungen nachweisen, daß ihre Reduktion in sehr vielem unhaltbar ist. Auf unsere Anregung hat der Landarbeiterverband durch eine persönliche Umfrage festgestellt, welche Lenderungen in den Arbeitslöhnen auf den großen Gütern zu verzeichnen sind. Wir hielten das deshalb für notwendig, weil wiederholt in der „Deutschen Tageszeitung“ und auch von den Führern des Bundes der Landwirte behauptet wurde, gerade die gesteigerten Arbeitslöhne erhöhen erheblich die Produktionskosten. Mit solchen allgemeinen Behauptungen kann man nichts anfangen, wenn sie nicht mit tatsächlichen Nachweisen belegt werden. In der Budgetkommission des Reichstages ist schon an den Bund der Landwirte die höchste Aufforderung ergangen, er möge einmal selbst eine solche Lohnstatistik vornehmen. Zu einem Ergebnis hat unsere Aufforderung bisher nicht geführt. Wir haben deshalb selbst zu einer Erhebung gegriffen. Das Material dieser Erhebung ist in unserer Presse fast allgemein zum Abdruck gekommen. Es bestätigt die Behauptung in der Eingabe an den Reichskanzler, daß die Löhne vielfach gleich geblieben sind, andererseits Lohnerhöhungen von 20, höchstens 30 Pf. pro Tag gezahlt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, daß wir in der Eingabe nicht Rücksicht genommen haben auf die höheren Naturallöhne, die die Landwirtschaft zahlt. Das ist nicht der Fall. In der Eingabe konnten wir nicht in aller Ausführlichkeit diese Einzelheiten behandeln. Unsere Umfrage, auf die wir Bezug genommen haben, hat, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittlerweile wohl gesehen hat, auch den Naturallohn berücksichtigt. Dabei stellt sich aber das selbsteigenartige Verhältnis heraus, daß dieser Naturallohn auf vielen Gütern abgelöst worden ist, und bei der Ablösung den Arbeitern ein geringerer Aufrechnungspreis angezählt wurde, als die Landwirte bei der Beschlagnahme für das Getreide erhalten haben. Hier werden also die Arbeiter noch um Einiges geschädigt, ganz abgesehen davon, daß diese Ablösung des Deputats nach der Bundesratsverordnung für die Selbstversorger nicht notwendig war: denn die Deputatsmenge war von der Beschlagnahme frei. Allerdings besteht für den Landwirt der Nutzen, daß er bei einer billigen Ablösung des Deputats den Vorteil für sich in Anspruch nehmen kann.

Weiter wird von der „Deutschen Tageszeitung“ behauptet, die Gefangenenarbeit habe keine Verbilligung der Arbeitsleistungen herbeigeführt. Die Gefangenenarbeit betrage

Gewerkschaften und Partei gegen den Lebensmittelwucher.

Sofort nach Ausbruch des Krieges haben die Generalkommission der freien Gewerkschaften und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Regierung Vorschläge zur Verhütung einer Lebensmittelnot unterbreitet und auch später immer wieder auf die immer unhaltbarer werdenden Zustände auf dem Lebensmittelmarkt hingewiesen und Abhilfe verlangt. Mitte Oktober 1915 haben sie wieder eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, worin es u. a. heißt:

„Wenn gegenwärtig in Berlin das Pfund Butter bereits 2,80 Mk. und Schmalz 2,40 Mk. kosten, so bedeutet diese Preissteigerung, daß die ärmere Bevölkerung vom Konsum der Butter und Schmalz ausgeschlossen wird, ohne daß die Wohlhabenden zur Einschränkung gezwungen wären. Es ist einfach unmöglich, daß von den Arbeitern, den Angestellten und weiten Kreisen des Kleinbürgertums solche Preise gezahlt werden. Unerträglich wird der Zustand noch dadurch, daß Margarine im Preise von 1,30 bis 1,50 Mk. für das Pfund schon den Preis erlangt hat, den die Butter früher erreichte. Speck steht im Preise der Butter gleich und ist deshalb nur noch selten im Haushalt des Arnten, wie alle übrigen Fette und Fleisch. Kann es da einem Zweifel unterliegen, daß unsere Bevölkerung Einbuße erleidet an eiweiß- und fetthaltiger Nahrung, das heißt unterernährt ist?“

Furchtbar sind die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer, die fortgesetzt an uns gelangen. Alle private Wohltätigkeit vermag nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingetreten ist.

Mit all den Notleidenden müssen wir den bitteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessengruppe gibt, die achlos an diesem Jammer vorbeizieht, ja, denen diese Preislage noch nicht hoch genug ist.

Die Androhung mit dem Wuchergesetz, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfeststellungen usw. schützen uns nicht

vor Preisstrebereien, weil der Wucher nicht zu fassen ist; der Sechshebege sind viele und die Grenzen für zulässige Uebervorteilung sind weit gezogen.

Wir bestreiten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirte erheblich gesteigerte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Umfrage auf einer Anzahl Gütern in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichgeblieben sind, Lohnerhöhungen über 20 bis 30 Pf. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle des Mannes ist die billigeren Frauenarbeit getreten, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die aus der Vereinfachung der Gefangenen für die Großgrundbesitzer besonders erwächst.

Ein Beispiel dafür, wie die Marktlage im freien Verkehr von der Landwirtschaft ausgenutzt wird, geben uns die Viehpreise. Nach der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 7. September wurden im August d. J. auf dem Berliner Schlachtviehmarkt folgende Preise im Vergleich zum August 1914 für den Zentner Lebendgewicht notiert:

	August 1915	August 1914
Ossen	a) 74,88 Mk.	51,25 Mk.
	b) 64,—	45,88
	c) 55,—	40,83
	d) 55,—	40,83
Kälber	b) 83,19	52,17
	c) 74,88	47,17
	d) 66,88	39,50
	e) 173,75	48,31
Schweine	c) 169,54	48,71
	d) 163,29	47,—
	e) 146,—	44,—

Die Buchstabenbezeichnungen sind die bei den Notierungen üblichen Einteilungen nach Qualität des Viehes.

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter 2,10 Mk. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 3 Mark

nur ein Drittel der normalen Leistungsfähigkeit. Wir haben uns bei unseren Parteifreunden, die vielfach zu Wachkommandos auf den großen Gütern befohlen wurden, erkundigt und erfahren, daß, wenn auch in einzelnen Fällen die Leistungen der Gefangenen nicht ganz denen der freien Arbeiter entsprechen, die russischen Gefangenen allgemein sehr willig und fleißig sind. Ihre Leistung stand vielfach nicht hinter der des freien Arbeiters zurück. Wenn nun behauptet wird, daß der Landwirt für eine Arbeitskraft der Gefangenen 2,49 Mk. aufwenden muß, so müssen wir das als vollkommen unzutreffend bezeichnen, besonders schon deshalb, weil nach unseren Ermittlungen Löhne über 2 Mk. in der Provinz Brandenburg zu den großen Seltenheiten gehören. Wenn also freie Arbeiter, die von ihren Löhnen noch die Familie ernähren sollen, mit 2 Mark und geringeren Tagelohn auskommen müssen, dann würde die Einschätzung eines Drittels der Arbeitsleistung der Gefangenen mit 2,50 Mk. ein so unwirtschaftliches System in der Landwirtschaft bedeuten, daß schon diese Gegenüberstellung auch nicht die geringste Wahrscheinlichkeit beanspruchen darf. Zugleich würde aber auch damit von der „Deutschen Tageszeitung“ der Nachweis geführt werden, wenn wir ihre Angaben als zutreffend erachten können, daß die Lebensweise des deutschen Landarbeiters weit unter die der Gefangenen herabgedrückt wäre. Es sieht schlimm im Arbeiterhaushalt in der Landwirtschaft aus, aber so trostlos erscheint es uns doch nicht, als die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihrer Berechnung uns unfeindlich beweist. Der Landwirt zahlt für den Gefangenen nur die Verpflegung, daß den Landwirt diese Verpflegung pro Tag 2,48 Mk. kostet, ist eine maßlose Uebertreibung, die uns allerdings einen Einblick gibt, wie heute von einigen Landwirten Produktionskosten kalkuliert werden.

Ein weiteres Kapitel in der Beweisführung der höheren Produktionskosten bildet die Preisfrage der Futtermittel- und Düngemittel. Dem ist zunächst entgegenzuhalten, daß ein wichtiges Düngemittel, Chilisalpeter, überhaupt nicht zu haben ist. Kalifalze, die wir im Inland in genügenden Mengen haben, weisen keine sehr erhebliche Preissteigerung auf. Die Landwirtschaft wird in diesem Jahre im wesentlichen auf Kali, Thomasmehl und den Stallmünger ihrer eigenen Viehwirtschaft angewiesen sein. Mit den Futtermitteln steht es leider, insbesondere für die Kleinwirtschaft, sehr ungünstig. Wenn der Bund der Landwirte hier dafür eintritt, daß der Höchstpreis für Futtermittel von 300 Mk. pro Tonne, sagen wir auf den Roggenpreis von 220 Mk. die Tonne, herabgesetzt wird, so würden wir ihn bei diesen Bemühungen im Interesse der kleinen Landwirtschaft sehr unterstützen. Wir würden uns auch bemühen, den Preis für das jetzt zur Verfügung stehende Roggenstroh auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Nun wird behauptet, die Landwirtschaft müsse erhebliche Aufwendungen für Kraftfuttermittel machen. Insbesondere wird auf den hohen Preis der Rüchstände aus der Desinfektion hingewiesen. Diese Rüchstände sind heute gar nicht in großen Quantitäten zu haben, weil die Einfuhr fehlt. Dies legt der Landwirtschaft Beschränkungen auf, die sehr unangenehm sind, aber insgesamt ist die Aufwendung hierfür sehr beschränkt. Bleibt Mele und Gerste, die im Preise sehr hoch stehen und nicht in genügenden Mengen vorhanden sind. Wir bestreiten nicht, daß die Futtermittelversorgung, wie die gesamte Viehhaltung für die Landwirtschaft, mit höheren Kosten verknüpft ist. Wir wenden uns auch nicht gegen eine höhere Preisfrage, sondern nur gegen die unerhörte hohen Preise, die nicht mehr im Einklang stehen mit den höheren Produktionskosten.

Auch mit den Kartoffelpreisen beschäftigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ in der Entgegnung, und sie behauptet, daß unter normalen Verhältnissen die Produktionskosten für den Zentner Kartoffeln 2,50—2,88 Mk. betragen. Demgegenüber stellen wir fest, daß in den fünf Jahren 1909—1913 nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ der Kartoffelpreis pro Zentner im Durchschnitt im Großhandel betrug 1909: 2,49 Mk., 1910:

2,08 Mk., 1911: 2,98 Mk., 1912: 3,52 Mk., 1913: 2,70 Mk. Diese Gegenüberstellung ergibt, daß in den fünf Jahren, außer dem Jahr 1911/12, wo wir eine außerordentlich ungünstige Ernte hatten, der Preis immer unter dem Produktionspreis stand, den die „Deutsche Tageszeitung“ berechnet, das heißt, schon im Großhandel. Berechnet man noch 70 Pf. pro Zentner als Spesen, dann ergibt sich, daß die Landwirtschaft in der Kartoffelproduktion geradezu entsetzliche Verluste haben muß, wenn die Berechnung der „Deutschen Tageszeitung“ stimmt. Jeder, der mit landwirtschaftlichen Dingen zu tun hat, weiß, daß der Preis für Fabrikkartoffeln zwischen 1,00 bis 1,50 Mk. geschwankt hat, so daß verständigerweise im Ernst kein Mensch behaupten kann, daß Produktionskosten in der Höhe in Frage kommen, wie von der „Deutschen Tageszeitung“ behauptet wird. Wir sind leider genötigt, diese ganze Berechnung der Produktionskosten recht mißtrauisch zu betrachten.

Nehmen wir uns ein Beispiel an einem der Landwirtschaft nothwendigen Betrieb. Vor kurzem ist der Geschäftsabluß der Aktiengesellschaft zur Verwertung von Kartoffelfabrikaten veröffentlicht worden. Er ergibt, daß zunächst, abgesehen von einer Dividende von 15 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre, so erhebliche Gewinne verbucht wurden, daß man gar nicht wußte, wie in der Bilanz dieser Segen durch hohe Abschreibungen und besondere Aufwendungen für einige Fonds, untergebracht werden sollte. Leider haben wir nicht gehört, daß von denen, die der „Deutschen Tageszeitung“ nahe stehen, irgendein Einspruch dagegen erhoben wäre, daß in gegenwärtiger Zeit solche Gewinne auf Kosten unserer Volksernährung gemacht werden. Am Gegenteil haben wir nur Klage über die hohen Produktionskosten auch in der Kartoffelfabrikation vernommen, und eine entsprechende Abwehr dagegen, daß die Höchstpreise erheblich herabgesetzt werden. Ähnlich steht es mit der Spiritusfabrikation aus. Das sind die Unternehmungen, die uns öffentlich ihre Bilanzen unterbreiten müssen und die bestätigen, wie wenig man leider in gewissen Kreisen der Landwirtschaft, denn diese Unternehmungen stehen mit landwirtschaftlichen Interessenten sehr eng in Verbindung, geneigt ist, auf einen Kriegsgewinn zu verzichten. Das aber ist es, was wir im Interesse einer genügenden Ernährung für unser Volk verlangen. Wir verzichten, auf die Schlussbemerkung des Artikels einzugehen, wo von einer allgemeinen Sparsamkeit der Lebenshaltung die Rede ist. Für den Massenkonsum, d. h. für die Arbeiterklasse ist diese Forderung unangebracht, die Sparsamkeit steht leider hier unter einem größeren Zwang, als bei allen Gärten, die der Krieg uns auferlegt, erträglich ist. Nur eine Sparsamkeit empfehlen wir, eine Sparsamkeit, die uns helfen kann: Sehen wir die Preise für unsere Nahrungsmittel so fest, daß Kriegsgewinne nicht aufgehäuft werden!

Löhne der Landarbeiter.

Die Klagen, die jetzt aus allen Kreisen der Bevölkerung über die hohen Lebensmittelpreise laut werden, versucht ein Teil der landwirtschaftlichen Presse gerade mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß die Landwirtschaft im Kriege sehr hohe Produktionskosten habe. Insbesondere wird mit Nachdruck betont, daß durch die Erhöhung der Löhne erheblich die Produktionskosten gesteigert seien. Die Bemühungen im Reichstag und in der Budgetkommission, von den Vertretern der Landwirtschaft etwas Näheres zu erfahren, in welchem Maße die Arbeitslöhne gestiegen sind, schlugen bisher fehl. Man kam nur mit der allgemeinen Behauptung, die Löhne sind sehr erheblich aufwärts gegangen.

Um den Dingen einmal auf den Grund zu gehen, hat der Landarbeiterverband durch eine persönliche Umfrage bei den Arbeitern auf großen Gütern festgestellt, wie sich die Lohnverhältnisse dort geändert haben. Es wurden zunächst eine Anzahl Güter in der Provinz Brandenburg besucht. Auf einem großen Gut in Ostpreußen bei Schwiebus stellten wir folgendes fest: Tagelöhner, die in eigener Mietwohnung im Dorfe wohnen, erhalten einen Tagelohn von 1,80 Mk. gegen 1,60 Mk. vor dem Kriege. Ein Deputat wird nicht gewährt, nur Kartoffelland.

Die Schnitter erhalten pro Tag neben Wohnung und Kartoffeln für den eigenen Bedarf 2 Mk., ein Lohn, der ihnen vor dem Kriege auch gezahlt wurde. Das Kartoffelherausnehmen geschieht in Afford, und wird fast nur von Frauen ausgeführt. Der Affordlohn für den Zentner bis auf den Wagen gezahlt, beträgt 12 Pf. Es wird uns berichtet, daß schon vor 20 Jahren auf dem Gut 10 Pf. für diese Arbeit gezahlt wurden. Während des Krieges ist keine Erhöhung eingetreten. In der Brennerzeit des Gutes erhielt bis vor kurzem der Heizer 9 Mark Wochenlohn. Er hat diesen „glänzenden“ bezahlten Posten allerdings mit einer besseren Stellung ausgetauscht.

Auf dem Gute Kabzig bei Büllschau beträgt der Lohn für Tagelöhner 1,75 Mk., ab 1. Oktober 1,50 Mk., dann 1,25 Mk. pro Tag. Jüngere Arbeitskräfte bekommen in der Ernte 2—2,50 Mk., im Winter 1,50—1,75 Mk., dazu Kartoffelland. Deputanten, d. h. Arbeiter im festen Vertragsverhältnis, erhalten 225 Mk. Jahreslohn, 24 Zentner Roggen, 80 Zentner Kartoffeln, freie Wohnung und Feuerung. Durch die Getreidebeschlagnahme ist dieses Deputat durch Geld abgelöst und zwar erhalten die Leute pro Zentner 10 Mk. vergütet; mitteln also einen Preis, der unter dem Höchstpreis steht, den der Landwirt bei der Beschlagnahme erhält. Der Höchstpreis beträgt 11 Mk. und steigt vom Januar monatlich um 15 Pf. Lohnveränderungen während des Krieges sind nicht vorgekommen. Für Kartoffelherausnehmen wird 12 Pf. pro Zentner gezahlt. Für die russischen Wanderarbeiter ist natürlich ebenfalls eine Herabsetzung des Lohnes eingetreten. Im vorigen Jahre wurde den Arbeiterfamilien gestattet, auf dem Felde die Ähren zu sammeln, in diesem Jahre wurde es verboten, und ist der Arbeitern damit ein kleiner Nutzen verloren gegangen.

Auf dem Gute Kaya, Kreis Züllichau-Schwiebus, erhalten Lohnarbeiter 1,60 Mk. pro Tag; dazu jedes Vierteljahr 1 Zentner Roggen und pro Jahr 3 Meter Brennholz. Frauen bekommen in der Ernte 1,20 Mk. pro Tag, später 1 Mk. und im Winter 80 Pf. Für das Kartoffelherausnehmen werden pro Zentner 10 Pf. gezahlt. Konstantarbeiter, die auf dem Gute wohnen, erhalten 200 Mark Jahreslohn, 24 Zentner Roggen, 70 Zentner Kartoffeln, täglich 1 Liter Voll- und 2 Liter Magermilch. Die Deputatentlohnung ist hier mit 10,75 Mk. pro Zentner in Anrechnung gebracht, während der Roggenpreis in der benachbarten Mühle 12 Mk. pro Zentner beträgt. Russisch-polnische Arbeiterinnen erhalten 1,50 Mk. Tagelohn während der Ernte. Dem Kriegesstand wird nur die Staatsunterstützung nebst halbem Deputat oder die Deputatentlohnung gewährt. Lohnänderungen sind nicht eingetreten.

Auf einem Gut in Niederquäben, Kr. Züllichau-Schwiebus, beträgt der Lohn der Tagelöhner 1,30—1,40 Mk., außerdem das übliche Kartoffelland. Auf diesem Gut wird für das Herausnehmen der Kartoffeln 14 Pf. pro Zentner gezahlt. Lohnänderungen sind nicht eingetreten.

Aus dem Kreis West-Pommern liegen folgende Berichte vor:

Auf einem Gut in Machow ist festgestellt, daß eine Erhöhung der Arbeiterlöhne nicht stattgefunden hat. Der Wochenlohn für Knaben beträgt von Oktober bis April 15 Mk., von April bis Oktober 18 Mk. Frauen erhalten einen Tagelohn von 1 Mk. Nur für Kartoffelherausnehmen wird für ein Quantum, das von den Arbeitern auf 1 1/2 Ztr. geschätzt wird, 12 1/2 Pf. gezahlt, gegen 10 Pf. früher.

Auf einem Gut in Gohlich sind gleichfalls die Löhne unverändert geblieben. Der Wochenlohn beträgt hier für Landarbeiter 11 Mk., von April bis Oktober 18 Mk., daneben freie Wohnung und 60 Zentner Kartoffeln; der Lohn der Frauen im Winter 80 Pf., im Sommer 1 Mk. ist gleichgeblieben. Das Mühlendach wird pro Morgen mit 15 Mk., das Mühlendach mit 13 Mk. bezahlt. Für Kartoffelherausnehmen für 1 1/2 Zentner beträgt der Lohn 12 1/2 Pf. Auf dem Gut sind außerdem fünf gefangene Russen beschäftigt, für die der Besitzer als Entschädigung für den 30 Pf. pro Tag erhält.

Auf dem Gut in Trempen ist eine Lohnherabsetzung während des Krieges eingetreten und zwar ist im Frühjahr der Lohn von 15 auf 13 Mk. pro Woche erhöht, während der Erntezeit von 18 auf 20 Mk. für den Winter steht der Lohn noch nicht fest. Die Arbeiter erhalten freie Wohnung, 48 Zentner Kartoffeln, sie haben während des Krieges je nach Bedarf an Kartoffeln Zubehör bekommen. Der Lohn der Frauen ist unverändert geblieben. Der Betrag im Sommer ist 1,20

Eine Frage!

Leider selbst in dieser Stunde blüht gewisser Schwermut die kalte Niederträchtigkeit. Die sich ihre Niemen schneiden aus dem Hunger und den Leiden und der Not der harten Zeit!

Draußen schütten die Soldaten ihrer Heimat Vieh und Saaten vor dem räuberischen Schwert — Drinnen werden ihre Weiber durch die Lebensmitteltreiber ausgeraubt am eignen Herd!

Draußen hält millionenfache Schwere Schindeln die Waage für die Lieben und das Land — Drinnen frakt mit Wert und Wehle, um des Volkes magere Achse sich des Wuchers freche Hand!

Eine Frage in die Stunde: Wie lang darf noch dieser Gunde kalte Niederträchtigkeit ihrer Sabrier Niemen schneiden aus dem Hunger und den Leiden und der Not der harten Zeit? H. P. in der „Jugend“.

Die Heimführung.

Ein Kapitel aus den unheiligen Schriften des Gottes Schab. Und siehe, es war einmal eine Zeit, da kam eine große Heimführung über das Land, aber mancher stund auf, ging hin und sprach: „I mach' mein Schab!“ (Schab heißt Profit). Und es geschah, daß jene, die so sprachen, Lebensmittelhändler waren, so daß aus der Not des Volkes einen Schmarren und Reichthümer machten. Siehe, es war eine Zeit der Heimführung und vieles ereignete sich und vieles ward getrieben, namentlich die Preise. Und es waren manche, die zusammentraten im Tempel des Gottes Schab, auch Nebbach geheßen, und die alltäglich zu ihm beteten, daß die Heimführung recht lange dauern möge. Und Gott Schab und die Regierung waren es zufrieden und blühten auf sie mit Wohlgefallen. Und siehe, Gott Schab gab jedem sein Teil und manchem noch mehr, auf daß sie nicht wankend würden in ihrem Glauben. Und es geschah, daß sie voll Hebermutes waren, lächelten und auf Verordnungen pfliffen. Aber siehe, da waren viele, die hatten kein Schmalz, keine Eier, keine Milch, keine Erdäpfel, kein Fleisch. Und sie frevelten und hoßjeten, daß es besser würde. Aber es geschah, daß manches beschlagnahmt wurde, die Eglust aber nicht. Und siehe, da waren viele Märkte, und unter ihnen ein großer, Raschmarkt geheßen. Und es kam ein Tag, da ward er wunderbar eingerichtet. Es geschah, wer den Markt betreten wollte, drei Kronen (eine Krone = 85 Pf.) Eintrittsgeld zu zahlen hatte. Und die Händler wurden hin- und her Waren und lockten zum Kaufe. Siehe, es stand sie der Häßern und sie lodeten und sprachen: „Kumman S her da, kauf'n S was za' Frau!... Schöne Eier, 3 Stück um fünf Kronen!... A frische Butter, fünf Dela (Dela heißt gleich 10 Pf.) Dela also gleich 50 Gramm) um acht Kronen!... A schön's Schmalz hält' i da, nur fünf Kronen zwoa Dela!... A quat's Stück' Fleisch, bit' schon, a Viertelkilo um zwanzig Kronen!... A Stampel' Milch g'fällt, fünf Kronen a Schuderl!... Schöne Erdäpfel hält' i, nur drei Kronen a Stampel voll!... Kumman S her da!“ Siehe, so lodten sie. Und etliche waren unmutig, murrlen und schimpften, und waren der Grobheit voll, so sich einer unterfangen wollte, zu handeln. Und es geschah, daß es auch etliche gab, die guten Herzens waren. Und daß manche hinter ihren Waren aufstundten, lodeten, jammerten und sprachen: „Der laust' ich her laut!... Sammeln S' ihra Brauerl, in aner Viertelstund' is schon alles um zwä Kronen teuer!“

Aber derer waren nur wenige, die kauften, derer aber viele, denen Gott Schab, auch Nebbach geheßen, so zugesetzt, daß sie nur kamen, sich satt zu riechen, daß sie nur kamen, zu schauen, wie Fleisch, Butter, Schmalz, Eier und Erdäpfel ausfielen. Denn siehe, sie hätten es sonst berreggen. Und sie waren es gezwungen, für ihre Magen etwas zu tun, so sie nicht allzubaal in ein besseres Wienfies kommen wollten. Und es kam, daß da einmal ein großer Vergernis geschah, und daß einer sich aufat und drei „Stampeln' Milch“ in sich schütete. Siehe, da ward er im Augenblick einer großen Depraudation bezichtigt und die Polizei führte ihn hinweg. Aber die anderen, so gekommen, rächen und schauen. Und da lagen die Erdäpfel, sein in Seidenpapier gewickelt, wie ehemals edles Obil aus jenen Landen, und die Milch lodete in kristallinen Stampeln, und die Zwiebeln in feinen Lüten, geziert mit Malerei. Und es gab noch vieles zu schauen, aber doch nicht die Haut, so dem Volke von den Dienern des Gottes Schab über die Ohren gezogen, nicht das Tuschel, das ihm aus dem Leibe gerissen worden war, und nicht das Zeit, so sich die Gläubigen des Gottes Nebbach angemäht hatten. Aber es geschah, daß es auf dem Markt nicht nur Schautage gab. Denn siehe, es gab viele Nebelstage für jene, denen es gut ging, die kaufen konnten. Siehe, da kamen viele Armeelieferanten. Aber es geschah, daß die vielen, so ohne Geld, aber voll Hunger, nicht verlassen waren. Und sie lechzten nach Fleisch. Da stand der Bürgermeister auf, trübete die Verlangenden und sprach: „Wir sind beduendend gesünder geworden, seitdem wir so wenig Fleisch essen!“ Siehe, er trübete sie und steckte das Feuerzeug auf die Spitze. Es geschah all das und noch manches in einer Zeit, da eine große Heimführung war und in der viel getrieben ward, namentlich die Preise. Doch siehe, es war eine fröhliche Zeit für jene, so auf die Verordnungen pfliffen und sich aus der Not des Volkes einen Schmarren und Reichthümer machten. H. P. in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.

„Schanerl, geh um an' Kilo Erdäpfeln!“

Freund Karl erzählte: „Unser Bub kam aus der Schule nach Hause, da fing sich ihn die Frau ein: „Schanerl, geh um an' Kilo Erdäpfeln!“ Es war 5 Uhr nachmittags, als sie diese verhängnisvolle Aufforderung an den Bubnen ergehen ließ. Der Bub ging... Es wurde 6, 7, dann 8 Uhr, aber vom Schanerl und von den Erdäpfeln war nichts zu sehen. Injere Sorge war groß. Am 8 1/2 Uhr ging ich zur Polizei, um die Anzeige von dem Verschwinden des Bubens zu machen. Endlich — es war schon 9 1/2 Uhr — kam der Bub daher. Wie zerstreut, todmüde. Aber ohne Erdäpfel. Er war in ungefähre 30 Geschäften gewesen, war frakaus, frakab geblieben... Umsonst... Niemand waren Erdäpfel zu bekommen... Ich ging zur Polizei, um zu melden, daß der vermisste Bub glücklicherweise zu Hause angekommen sei. Aber die Aufregung rächte sich. In der Nacht trieb mich ein Traum überwiegender auf. Ein merkwürdiger — aber verständlicher Traum. Da ist er: Schanerl nahm es eines Tages wieder auf sich, ein Kilogramm Erdäpfel zu beschaffen. Wir berechneten sein Ausbleiben mit acht Tagen und meine Frau ging in die Schule, um ihn dort für diese Zeit abzumelden. „Erdäpfel einkaufen geht er?“ meinte der Herr Doktor. „Da wollen wir lieber gleich zu den acht Tagen noch eine Woche zugeben!“ Es kam zum Abschließen. Schanerl fand nur uns, etwas blaß, aber doch guten Mutes. Er fand schon heute das Trotzes für seine Mutter, die vergebens die Türen zurückgefallen suchte.“

„Schanerl, du hast was Großes vor!“ meinte sie. „Schanerl, daß d'r n'r g'schieht!... Komm uns g'und wieder z' Haus!“ Der brave, opfermütige Schanerl lächelte und versuchte auf seine schönen Erfahrungen im Erdäpfelkaufen, auf seine gute Reiseausrüstung. Nun ja, er war reichlich versorgt. Sein Anzug war weiter, sein Schuh waren reich genagelt. Er trug einen großen Rucksack, gefüllt mit einem wasserfesten Havelack und Lebensmitteln für zwei Wochen. Er hatte seine Dokumente bei sich, um sich jederzeit über seine Person ausweisen zu können. Er war, um in seinen allfälligen Reisezielen nicht gehindert zu sein, mit Anwartschaften für die Elektrische und die Stadtbahn und mit einem Rundreisebillet für die österreichischen Bahnen ausgestattet. Kurz und gut, er war für die Aufgabe, ein Kilogramm Erdäpfel einzukaufen, aufs beste gerüstet. Die Mutter segnete ihn, er ging. Nach fünf Tagen schickte er eine Ansichtskarte aus Prag: „Indem, daß ich es mir leichter vorgekehrt habe, habe ich noch immer keine Erdäpfel, aber es gibt genug, nur daß man sie nicht kriegt, weil ein jeder jagt, ich warte, bis ein anderer Höchstpreis kommt, so daß ich sie lieber verkaufen lasse, aber es ist ihr schon in der Welt und ich sagre jetzt in Salzammergut, nur das Wohnen im Hotel ist mir zuwider, aber ich möchte mir viel Glück! So daß ich vielleicht doch noch Erdäpfel bekomme, indem ich Euch niemals grüße und küsse...“ „Der arme Bub!“ wehlagte meine Frau zu jeder Stunde der hinfahrenden Tage. „Wass' auf, er kommt erst wieder z' Haus, bis er an' Schnurbart hat!“ Sie schrieb an Schanerl einen wehmütigen Brief, fortsetzte ihn auf seine Reise abzugeben und nach Hause zurückzuführen. Über Schanerl schrieb aus Tirol: „Wenn die Mutter eine Angst hat, dann sage ich nur Karanf, daß sie nicht weiß, was ich weiß, indem ich nämlich ohne Erdäpfel nicht nach Hause gehe, höchstens wenn ich in Peru oder in Chile auch keine bekomme. Wo sie doch die Heimat gehabt haben, bevor sie entführt worden sind, was der Herr Lehrer gesagt hat, und wo es doch wenigstens einen Kilo geben muß, den man kriegen kann, aber nicht die Schweine, wie bei uns, so daß es zum Lachen ist, weil es so krautig ist, daß sie keiner hergibt, und jeder jagt, hungere nur, es ist mir wurscht oder was, so daß man nur einen Hunger darauf hat, aber keine Erdäpfel. Und ich gebe nicht nach Hause, indem ich einmal bei uns eine ganze Nacht auf ein Kilo Wehl gewartet habe, und ich habe das Wehl dann gar nicht gekriegt, weil noch viel andere da waren, so daß ich schon etwas gemischt bin, denn das war damals, wie wir uns vor dem Wehlgeschäft sogar einen Unterstand gekauft haben aus Steneln und Steden und einem Erdäpfelsack, so daß Du nur den Steneln zu fragen brauchst, der dabei war, und den Ruhl auch, oder den Weidmann, der die Ordnung gemacht hat, so daß gar nicht gerauscht wurde, nur höchstens dreimal, so daß die Begegnung gegen sich sind.“ Mein Schanerl kam nicht zurück, verfolgte weiter sein Ziel, eines Kilo Erdäpfel zu erlangen, reiste hin und her, ja, sich für Wehl an Bestand mancherlei Abenteuer, unter anderem einen Kampf mit der Besörde, als er wieder einmal einen Paß brauchte. Aber er hatte schließlich Glück, außerlesene Glück. Seine letzte Ansichtskarte sagt alles: „Indem ich sehr froh bin, daß ich doch ein Kilo Erdäpfel bekommen habe, ist das so geschöben, daß ich bei Salzburg auf dem Wehl über die Grenze einlaufen gegangen bin, wo ein Kilo sogar nur 11 Heller kostet, so daß es gar nicht wahr ist, wenn man sagt, bei uns kriegt man keine Erdäpfel, indem man nur über die Grenze zu gehen braucht, wenn die Mutter sagt, Schanerl, geh um einen Kilo Erdäpfel!...“ Nach drei Wochen Erdäpfelkaufe ist Schanerl wieder heimlich kommen, schloß Freund Karl seine Erzählung. „Nun ja, es war ein merkwürdiger, aber verständlicher Traum!“ P. H. in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“.

Markt, im Winter 1 Mk. Für Kartoffelherausnehmen pro 1/2 Zentner ist die Entschädigung von 10 Pf. auf 25 Pf. erhöht.

Einige Ermittlungen in der Provinz Sachsen und im Harzbezirk ergeben für die Arbeiter ein etwas günstigeres Resultat, weil hier vielfach die Organisation Anregung zu Lohn-erhöhungen gab.

Aus dem Bezirk Ostersleben wird aus zehn landwirtschaftlichen Betrieben berichtet, daß Lohnzulagen für Lohnarbeiter von 1,50 Mk. bis 2 Mk. pro Woche erzielt wurden. Der Lohn schwankt zwischen 14,70 bis 18 Mk. Deputat erhalten hier die Arbeiter nicht, außer dem üblichen Kartoffelgeld.

Aus Kendorf wird berichtet aus 15 landwirtschaftlichen Betrieben, daß Lohnzulagen pro Monat von 5 bis 10 Mk. für Landarbeiter erzielt wurden. Ein Wochenlohn von 15 Mk. wird selten überschritten. Der Tagelohn für Frauen beträgt 1,50 Mk.

Aus Gröden am Harz wird von 4 landwirtschaftlichen Betrieben angegeben, daß eine Lohnsteigerung nur in einigen Betrieben bis zu 1,50 Mk. pro Woche eingetreten ist. Der Wochenlohn beträgt gegenwärtig 15 Mk.

In Dersburg am Harz haben die Arbeiter zu dem Wochenlohn von 12,50—13,50 Mk. eine Zulage von 50 Pf. erlangt. Dieser Erfolg ist nur in einem Betriebe festzustellen, während 24 andere Betriebe die Ansprüche der Arbeiter ablehnen.

In Sommerda können die Landarbeiter über eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Woche berichten. Für Frauen ist der Tagelohn um 20 Pf. erhöht.

Aus Kloster Michaelstein bei Mansfeld wurde die Erhöhung des Tagelohnes für Landarbeiter um 20 Pf. und für Frauen um 10 Pf. erreicht. Die Löhne schwanken zwischen 13,20 Mk. im Winter, bis 15,60 Mk. während der Erntezeit; außerdem freie Wohnung, 11,80 Mk. Holzgeld, Acker- und Gartenland.

Diese Feststellungen widerlegen die Behauptung, daß die Löhne erheblich erhöht wurden, in bündiger Weise. Verlässig ist man, daß die Landarbeiter unter der Preissteigerung für alle Gebrauchsgüter im Haushalt ebenso zu leiden haben wie die städtische Bevölkerung, dann wird wohl niemand behaupten, daß die Zulagen, die wir hier feststellen konnten, anders als recht dürftig ausgefallen sind. Noch schlimmer steht die Sache aber da, wo jede Ausbesserung der Löhne abgelehnt wurde. Hier und da sieht es in den kleinen Betrieben noch etwas besser aus. Der Großbetrieb bleibt in der Regel der stärkere Lohnrücker.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

„Das bewährte Wirtschaftssystem“.

Die „Allnische Volkszeitung“ (Nr. 871) macht einen auffallend scharfen Frontalangriff gegen — den Staatssekretär des Innern, Herrn Dr. DeLüde. Sie macht ihn allein verantwortlich für die vielen mangelhaften Regierungsmaßnahmen auf dem Gebiete der billigen Lebensmittelversorgung. „Er trägt die ganze Verantwortung.“ Dasselbe hat dann auch der Zentrumspartei-ausschuss in einer Eingabe an den Reichstagspräsidenten zum Ausdruck gebracht. Soll dieser heftige Angriff nicht doch einen „Sündenbock“ für das „Marterel der schaffenden Stände“ hinstellen sollen? Mit wenigstens haben bei den wiederholten Verhandlungen mit Regierungsvertretern über die Lebensmittelpreise der Eindruck gewonnen, daß „der Vater aller Sündenböcke“ nicht im Reichsamt des Innern, auch nicht im Bergwerks-, sondern im Landwirtschaftsministerium liegt!

Schürt man aber tiefer, so stößt man auf unser über den grünen Acker gelobtes „bewährtes Wirtschaftssystem“, das der eigentlich Schuldige an der Preissteigerung und Volksauswanderung ist. Die „Allnische Volkszeitung“ leitet ihren merkwürdigen Artikel mit diesen Sätzen ein:

„Es ist ein Jammer“, schrieb uns kürzlich ein alter, angesehener und erfahrener Geistlicher vom Lande. „Es ist ein Jammer, wenn man mit ansehen muß, wie die arme, fleißigste und opferfreudigste Stimmgebung des deutschen Volkes durch das Versagen der Lebensmittelmaßnahmen verdorben und in gärende Mißstimmung versetzt wird.“ Die Erregung über die ungeheure Preissteigerung fast aller Lebensmittelpreise, insbesondere zehnfacher und wichtiger Lebensmittel, geht immer tiefer, zieht immer weitere Kreise und hat sich auch durch die neuesten Regierungsmaßnahmen nur wenig besänftigen lassen. Die Ursache ist unerschreibbar, und über ihren Ursprung und ihre Tragweite sollte man sich seiner Selbsttäuschung hingeben.“ erklärte der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Schiffer in einem Artikel über die Teuerung und ihre politischen Folgen in Nr. 248 des „Tag“.

Es ist ein Jammer! Der Krieg steht auf seinem Höhepunkt, und wir sind Sieger. Wir sind Sieger auf allen vier Kriegsschauplätzen; wir sind, gestützt auf unsere Waffenstärke, jetzt sogar Sieger im diplomatischen Weltkampf geworden. Der Nahrungsmittelpreis der englischen Weizen ist jämmerlich gesunken. Im Heberfluß an den notwendigen Nahrungsmitteln sind wir im zweiten Kriegsjahr hineingefahren...

...Und doch diese Teuerung! Warum, warum? Das ist die Frage, die immer wieder das Volk stellt, trotz aller Maßnahmen, trotz aller Versuche. Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Wurm stellte gestern in der Berliner Stadtratsversammlung bei der Aussprache über die Lebensmittelteuerung fest, daß die Preise für Brot um 70 Prozent, für Kartoffeln um 160 Prozent, für Milch und Butter über 100 Prozent, für Eier um 150 Prozent, für Getreide um 100 Prozent und für Fleisch um 100 bis 160 Prozent gestiegen sind.

Böse, sehr böse muß dem auch schon die Stimmung in den der „Allnischen Volksz.“ nahestehenden Kreisen sein. Unser Wirtschaftssystem stellt die Befriedigung des Geschäftsinhabers der Rücksicht auf das Gemeinwohl weit voran. Nicht unter „Auswüchsen“ dieses Systems leidet das Volk, sondern die Folgen des andauernden Profitierens des „Erwerbsinhabers, des Unternehmers“, des vielgerühmten „gesunden Egoismus im Erwerbsleben“ treten nun, wo uns das Sicherheitsventil des auswärtigen Warenaustauschhandels fast ganz fehlt, nur am deutlichsten in Erscheinung. „Dreierlei ist es, nach uns die Ursache!“ Nach diesem Rezept kraßegoistischer Erwerbsmenschen ist unser Wirtschaftssystem aufgebaut. Politische und andere wirtschaftsrechtliche Maßnahmen vor dem Kriege haben es als „das bewährte nationale“ bezeichnet. Hat es nicht die „Allnische Volkszeitung“ selbst recht kräftig mitverleumdert?

An diesem, wie nun sehr erweiterte Volkskreise erkennen, gemeingefährlichen, ja sogar unsern Sieg auf den Schlachtfeldern gefährdenden System, dem eigentlich Schuldigen an der Volksauswanderung, kann dieser oder jener Ministerwechsel nichts ändern. Der Einzelmann, und sei er noch so mächtig, kann allein keine Systemwechsel herbeiführen. Auch sind nicht etwa nur einzelne Volksschichten oder Klassen die Träger dieses gemeinschaftlichen Systems. Nein, alle sind darin mehr oder weniger verflochten, alle sind damit erblich belastet. Und allzu viele von uns, obgleich völlig uninteressiert an der Aufrechterhaltung dieses Systems, können sich einem Zustand, wo die Förderung des Gemeinwohls das oberste Gesetz ist, noch immer nicht vorstellen.

Das Volk kann grundsätzlich kein „starker Mann“ in irgend einem Ministerium von dem Notstand befreien. Die „starken Männer“ sind auch nur Menschen. Selbstbeziehung, Vereinerlichung von gemeinschaftlichen Vorurteilen, Organisation der Einzelkräfte zu einem mächtigen Verbande — diese Vorbedingungen müssen wir erfüllen, dann triumphiert die Menschheit.

Reichsprofite.

Die Fleischwarenfabrik Vogt & Wolf Aktiengesellschaft in Büttersloh zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 30 Prozent Dividende. Wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, haben auch die ersten Monate des bevorstehenden Geschäftsjahres wieder „gute Uberschüsse“ gebracht, so daß die Aussichten als glänzend zu bezeichnen sind. In der Tat, für die — Aktionäre sind die Aussichten glänzend; aber für die Konsumenten?

Zuckerprofite.

Die Aktiengesellschaft Zuckerfabrik Schroda feiert ihre Dividende von 24 auf 40 Prozent. Der Reingewinn der Gesellschaft liegt bei 306.800 auf 509.000 Mark. — Wesentlich gibt es für Zucker nicht Höchst-, sondern Mindestpreise. Noch vor kurzem hat die Regierung den Preis für Rohzucker für 1915/16 wieder erhöht. Die

Gewinne, die von den Zuckerraffinerien im Jahre 1914/15 gemacht wurden, waren der Regierung offenbar noch zu niedrig. Jetzt können die Aktionäre kaum der Zusage der Regierung für das nächste Jahr eine noch höhere Dividende erwarten! Die Verwaltung der Zuckerfabrik ist natürlich über das Ergebnis höchst erfreut; sie schreibt sogar in ihrem Bericht: „Den Dank, den wir unserem Vaterlande für den Schutz, den es uns gewährt, schulden, wollen wir zum Ausdruck bringen und werden der Generalversammlung einen dementsprechenden Antrag einreichen.“ — Auf diesen „Dank“ sind wir wirklich neugierig. Es ist schade, daß die Gesellschaft vorläufig noch so schamhaft darüber schweigt.

Herrschafliche Speisefartoffeln.

Die „Allnische Zeitung“ (Nr. 1040) brachte folgendes Inserat: „Herrschafliche Speisefartoffeln, Tipperfurther Wölle, empfehle ich in extra nachsortierter Ware, und feinste rote Salat-Wölle, auch Tannengapfen genannt, zu billigsten Tagespreisen, gegen Nachnahme.“

Nächstens wird wohl ein Bauer hochherrschafliche Kartoffeln empfehlen. Schlimm wäre das weiter nicht, wenn man sich nur abgewöhnen wollte, auch den Herrn „herrschafliche Preise“ abzunehmen.

Kartoffellegen der Landwirte.

In welcher schrecklichem Mißverhältnis der hohe Kartoffelpreis zu dem realen Wert der Ware steht, wird durch eine Notiz im sozialdemokratischen Hannoverischen „Volkswillen“ recht ersichtlich. Dort heißt es aus Hildesheim:

„Wie überall, so ist auch hier in unserem feineren Gelände eine so reiche Kartoffelernte gewesen wie nie zuvor. Nach den Angaben eines Landwirts hat er auf einem Gebiet von 6 Morgen 1150 Zentner geerntet, also fast 200 Zentner auf einem Morgen. Nun kann man 150 Zentner als kleine und nicht zum Verkauf geeignete Kartoffeln rechnen, dann verbleiben noch 1000 Zentner als marktfähige Ware. In Anbetracht des jetzigen Preises von 4 Mark (!!) für den Zentner würde der Landwirt bei einem etwaigen Verkauf für die Kartoffeln 4000 Mark erzielen. Die 6 Morgen Land haben hier aber kaum den Wert der Summe, die der Landwirt für die Kartoffeln verausgaben würde. Dies sind also recht ungesunde Verhältnisse und geben zu denken Anlaß.“

Zur Reform der Berginspektion.

Schwere Grubenunfälle in Oberschlesien.

Am Sonntag, den 24. Oktober, früh, fuhr auf der Carsten-Zentrum-Grube 6 Arbeiter ein, um an einer Wasserhaltungsmaschine Reparaturarbeiten vorzunehmen. Um zu ihrem Arbeitsort zu gelangen, wollten sie durch eine Strecke gehen, die tags zuvor durch eine verdriftete Wetterklappe abgeschlossen worden war, weil dort starke Stiekgase aufgetreten waren. Die Arbeiter haben von dieser Gefahr nichts gewußt, wie selbst der amtliche Bericht zugibt. Darin hieß es u. a.:

„Unbefugterweise und in Unkenntnis der Gefahr öffneten sie, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen, eine tags zuvor zur Absperrung gegen Brandgase geschlossene und abgedichtete Dammtür und fanden beim Eindringen in die mit Stieggasen gefüllte Strecke den Tod. Die Verunglückten wurden etwa eine halbe Stunde nach ihrem Verschwinden als abgängig vermisst. Als man sie aufwand und geborgen hatte, wurden sofort Wiederbelebungsversuche angestellt, doch kehrte keiner der Verunglückten zum Leben zurück.“

Es ist wichtig, daß im amtlichen Bericht angegeben wird, daß die Arbeiter in Unkenntnis der Gefahr gehandelt haben. Dieser Feststellung gegenüber nimmt es sich recht sonderbar aus, wenn man in „Oberschlesischen Kurier“ vom 20. Oktober lesen kann: „Diesmal ist klar festgelegt, daß die Ursache des Unglücks in einer Unvorsichtigkeit der Verunglückten zu suchen ist.“ Dann ist noch in demselben Blatt zu lesen: „Es wird sich auch weiter nicht vermeiden lassen, daß unausgebildetes Personal zur Mitarbeit unter der Erde herangezogen wird. Aber man müßte dieses Personal besser instruieren, daß solche folgenreichen Eigenmächtigkeiten, wie das Öffnen einer abgedichteten Wetterklappe nicht mehr vorkommen. Entweder war die Wetterklappe als solche nicht genügend gekennzeichnet, oder die Verunglückten haben sich eine schwere Pflichtverletzung zuschulden kommen lassen.“ Diese Auslassungen belunden eine große Unkenntnis in bergmännischen Dingen. Wenn im amtlichen Bericht von einer geschlossenen und abgedichteten Dammtür die Rede ist, so soll das nicht heißen, daß die Tür verschlossen oder gar vernagelt war und zur Öffnung Gewalt angewendet werden mußte, sondern daß sie nur gegen den Abzug der Stieggase abgedichtet war. Weiterläuten sind im unterirdischen Grubenbetrieb sehr viele und sie sind auch als solche erkennbar. Mit der Bezeichnung „Wetterklappe“ ist nicht, gesagt, daß sich hinter einer solchen Tür schlechte Wetter oder Stieggase befinden, sondern diese Bezeichnung haben sie, weil sie der Regulierung des Luft- oder Wetterzuges dienen. Wenn infolge einer geschlossenen Wetterklappe kann man nicht sagen, ob sich dahinter gute Luft oder Stieggase befinden, so wie es der „Nachmann“ des „Kuriers“ glauben machen will. Das zu wissen, würde bedeuten, daß ein Uebersichtlicher wissen müßte, wenn er eine geschlossene Zimmertür von außen ansieht, ob es im Zimmer warm oder kalt ist. So fällt dieser „Sachkenner“ mit seinem voreiligen Urteil hinein.

„Die Arbeiter haben in Unkenntnis der Gefahr gehandelt“, sagt der amtliche Untersuchungsbericht. Vor der Einfahrt wäre es Pflicht der verantwortlichen Beamten gewesen, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß sie die abgedichtete Strecke nicht gehen dürften, weil sich hinter der frisch aufgestellten Dammtür Stieggase befänden. Oder die Tiere hätte vernagelt und mit einer Warnungstafel mit entsprechender Aufschrift versehen sein müssen. Gätten die Verunglückten dann die Tiere geöffnet, um durch die Strecke zu ihrer Arbeitsstelle zu kommen, dann konnte man ihnen gegenüber von einer Pflichtverletzung reden. Hier liegt zwar eine sehr große Pflichtverletzung vor, aber nicht auf Seiten der verunglückten Arbeiter.

Auf der Ferdinandgrube bei Katowitz waren Reparaturarbeiten mit dem Auswechseln von gebrochenen Stempeln beschäftigt, als plötzlich das Gängeband hereinbrach und sechs Arbeiter unter sich begrub. Einer erlitt einen Armbruch und die übrigen fünf wurden schwer verletzt; zwei davon sind gestorben.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Aufhebung der Arbeiterfreizügigkeit?

Die „Allnische Ztg.“ teilte am 9. Oktober mit, aus den „Reisen der Heeres- und Marinelieferanten“ seien „viele Klagen“ über Arbeiterwechsel laut geworden:

„Zu diesen Beschwerden hat häufig eine wenig rücksichtsvolle Werbetätigkeit einzelner Unternehmungen Anlaß gegeben, die durch Angebot günstiger Arbeitsbedingungen Arbeiter von anderen minder vorteilhaften Plätzen an sich ziehen. Dadurch sind vielen Betrieben Schwierigkeiten erwachsen, die sie durch Lohnsteigerungen auszugleichen suchten. Um dieser Verunruhigung der zurzeit wichtigsten Industrie zu steuern, empfiehlt das preussische Arbeitsministerium in einem Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos, durch Vermittlung der Handels- und Gewerbekammern ein gemeinsames Vorgehen aller Heeres- und Marinelieferanten. Diese sollen vereinbaren: 1. sich nicht gegenseitig Arbeiterkräfte zu entziehen; zum mindesten darf nicht ein Unternehmer dieser Gattung unmittelbar an Angestellte eines anderen Unternehmens gleicher Art mit einem Vertragsangebot herantreten. Nach Möglichkeit sollen auch zur Aufgabe von Angelegenheiten über die Werbetätigkeit nicht Orte gewählt werden, an denen bekanntermaßen die Heeresindustrie einen besonderen Platz einnimmt. Sinweise auf besonders hohe Löhne, sowie das Versprechen von Zurückstellungenstritten sollen unterbleiben; 2. Arbeiter aus anderen Betrieben der Heeresindustrie nicht aufzunehmen, wenn als Abkündigungsgeld und lediglich ungenügender Lohn angegeben wird (!!) und der bisherige Arbeitgeber einen seinem örtlichen Tarif entsprechenden Entgelt gezahlt hat. Dagegen erklärt das Arbeitsministerium es als unerwünscht, wenn eine Abmachung zustande käme, derzufolge nur Arbeiter aufzunehmen wären, die ihren bisherigen Vertrag mit Zustimmung des Arbeit-

gebers gekündigt hätten, da hiermit das freie Abkündigungsrecht des Arbeiters in seiner Ausübung dem Ermessen der Unternehmer unterstellt wäre. Auch zur Einziehung besonderer Einigungsämter, zur Entsendung von Streikfällen kann das Ministerium nicht raten. Dagegen empfiehlt es den Handels- und Gewerbekammern, sowie den Industriellen selbst, in allen Zweifelsfällen mit den Kaufmanns- und Gewerbegerichten enge Fühlung zu nehmen.“

Das schließt allerdings noch, die Arbeiter, wenn sie sich wegen ungenügendem Lohn um andere Arbeit umsehen, an alle Arbeitsstelle zu fesseln. Als ob wir noch nicht genügend geheime Sperren-Verabredungen zwischen den Unternehmern hätten und als ob die „dem öffentlichen Gut“ entsprechenden Löhne bei den jetzigen Wucherpreisen für Nahrungsmittel ausreichten! Oder aber reichen die kolossalen Gewinne der Heeres- und Marinelieferanten noch immer nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse dieser Herren? Sie können höhere Löhne zahlen. Im übrigen können wir mitteilen, daß, als kürzlich die Vertreter der Bergarbeiterverbände im Reichsamt des Innern vortraten und u. a. auch die Rede auf jene Mitteilung der „Allnischen Zeitung“ brachten, und von dem Regierungsvertreter erklärt wurde, bereits sei von dem angebliehen Vorgehen gegen die Freizügigkeit der Arbeiter (die durch ein Reichsgesetz verbürgt ist) nichts bekannt und die Mitteilung sei auch nicht glaubhaft!

Internationale Rundschau.

Was ist die Ursache des Weltkrieges?

Wie grundverschieden innerhalb ein und derselben Partei über die eigentliche Kriegursache gedacht wird, zeigt die folgende Gegenüberstellung zweier Zitate. Beide sind Merkmalen (katholischen) bisserreichlichen Blättern entnommen; hören wir wie sie gegeneinander urteilen:

„Reichspost“ (Wien) vom 22. September:

„Auch der für philosophische Diskussionen nicht zugängliche erschauert heute bis ins tiefste Herz, wird von Scham und Wut zugleich überwältigt beim Gedanken, daß wir den Jammer des Weltkrieges mit seinen Toten, Krüppeln, zerstörten Städten und zerstampften Provinzen letztlich einem Mangel habgieriger Milliardäre und Millionäre verankern und das Ende des Weltkrieges zu guter Letzt das sein wird, daß eine reiche Oberschicht in anberathen oder zwei Jahren zwanzig Jahre erlebt, während die Mittelschichten und die Kleinen Leben und Gut aufs Spiel setzen und nur mit großen Opfern an den heimlichen Erb zurückkehren.“

„Salzburger Chronik“ vom 24. September:

„Es ist kein Zweifel, der gegenwärtige Krieg ist im Plane der göttlichen Vorsehung gelegen, und durch die lange Dauer desselben will Gott seine bestimmten Zwecke erreichen. Der Krieg ist eine Strafe Gottes, und zwar eine furchtbare, schreckliche. Von Zeit zu Zeit schwingt der liebe Gott diese Waage, besonders dann, wenn sich die Völker in ihrem Hochmut und Stolz von ihm abgewendet haben, damit sie durch Kriegseliden, durch Not und Elend geküchelt, wieder zu ihm zurückkehren. Die Menschen werden nur allzu leicht im Glücke, in guten Tagen übermütig, vergeßen den lieben Gott und laden Schuld auf Schuld sich auf; darum kann die Strafe nicht ausbleiben. Eines von den vielen Züchtigungsmitteln in der Hand Gottes ist nun der Krieg; darum gab es zu allen Zeiten Krieg und wird es auch zu allen Zeiten noch geben. ... Diese Erkenntnis scheidet aber bei vielen nur allmählich, langsam durch. Nur ein langer Krieg mit allen seinen Schrecken wird dieses bessere Erkennen zum Gemeingut aller machen. Ein Krieg von nur einigen Monaten würde diesbezüglich nur wenig Wandel schaffen.“

Widerspruchsvoller können die Urteile über die eigentlichen Kriegursachen nicht sein. Ueberdies beschuldigen französisch-belgische Katholikenführer die deutschen Katholiken noch besonders, den „germanisch-protestantischen Kriegsgewaltverbreitern“ aus parteipolitischen Erwägungen Helfershelfer zu leisten. Das nun in Antwerpen erscheinende liberale Wochenblatt „De Belgie“ greift die deutsche Zentrumspartei äußerst heftig an, sie habe nicht gegen den Einfall in Belgien protestiert, vielmehr habe der Parteiführer Dr. Spahn im Gegensatz zu den Sozialisten im deutschen Reichstag für die Annexion Belgiens Stimmung gemacht, sein Sohn, Professor Martin Spahn, habe sogar die „Einverleibung Belgiens offen gefordert“. Dazu kommt auch dieses Blatt auf das Thema „Christentum und Krieg“ zu sprechen und schreibt wieder gegen die deutschen Katholiken:

„Diese sittliche Erschlaffung geht Hand in Hand mit einer Verdunkelung der geistlichen katholischen Weltanschauung, auch aus dem Munde katholischer Prediger haben unsere bürgerlichen und militärischen Befehlshaber die gotteslästerliche Behauptung hören müssen, daß Deutschland der irasende Arm Gottes sei, und ein hochstehender deutscher Priester erklärte seinem mit bekannten belgischen Amtsvater noch kürzlich, daß sie, die Priester, weder die Handlungen der Truppenführer, noch die ihrer Regierung zu beurteilen, daß sie diese vielmehr durchaus als zu Recht bestehend anzuerkennen hätten, wenn sie uniliterarisch notwendig geworden wären. Und dann müßte man uns zu, jetzt schon in der Stille des Herzens die Wege der Annäherung zu ebnen! Was haben wir mit den deutschen Katholiken noch gemein, wenn diese dem Moloch des deutschen Imperialismus unsere Ehre und die uns beiden gemeinschaftlichen christlichen Prinzipien geopfert haben?“

Der Artikel, ein weiteres Symptom der Bedrohung der katholischen Einheit durch den Weltkrieg, schließt mit der Drohung, die Katholiken Deutschlands vor das Gericht des päpstlichen Stuhles zu ziehen, denn der Vatikan könne den geschichtlichen Folgen gegenüber, die die Haltung der deutschen Gläubigen für den guten Namen der Kirche haben müsse, nicht gleichgültig bleiben. Wir sehen, daß der Krieg einen tiefen Riß auch in die viele Jahrhunderte alte kirchliche Internationale getragen hat. Die päpstlichen Bemühungen für einen recht baldigen Friedensschluß sind darum auch aus der Besorgnis des obersten katholischen Kirchenfürsten um die Zukunft der Weltkirche zu erklären.

Knapplchaftliches.

Generalversammlung der Allgemeinen Knapplchafts-Pensionkasse für das Königreich Sachsen.

Die diesjährige Generalversammlung wurde am 23. Oktober im Saale des Handwerkervereinshauses in Chemnitz abgehalten und vom Vorsitzenden, Herrn Oberbergat Scheibner-Lugau eröffnet und geleitet. Bei Punkt 1 der Tagesordnung: Vortrag des Geschäftsberichts für das Jahr 1914, wurde von den organisierten Arbeitern die Frage angeschnitten, wie die Generalversammlung resp. Verwaltung der Kasse über eine Verjämmerung und Schaffung einer Allgemeinen deutschen Knapplchaftspensionkasse denke. Es muß mit Genugtuung festgestellt werden, daß der Gedanke der Realisierung des Knapplchaftsversicherungswesens in der Generalversammlung seinen Widerspruch gefunden hat. Die Generalversammlung hat einstimmig ihren Willen dahin zum Ausdruck gebracht, daß die Errichtung einer großen deutschen Knapplchaftspensionkasse unbedingt notwendig ist. Schade, daß man das nicht zehn Jahre früher eingesehen hat. — Bei Punkt 2 wurde die Genehmigung der Rechnung und somit die Entlastung des Vorstandes einstimmig ausgesprochen. Zur Prüfung der Rechnung für das Jahr 1915 wurden die alten Herren wiedergewählt. Die vom Vorstand während des Krieges zugunsten der im Kriege befindlichen Kassenmitglieder gefassten Beschlüsse, welche bereits zur Anwendung gelangten, wurden von der Versammlung angenommen. — Unter Punkt 4 kam auch der Antrag der Arbeitervertreter im Vorstand zur Beratung, welcher dahin ging, daß bei Bemessung der Pension auch die Zeit in Anrechnung kommen soll, während der ein Kassenmitglied Krankenfeld bezog oder seiner gesellschaftlichen Militär- oder Landesverteiligungspflicht genügt. Für diese Zeiten sollten die letzten Beitragszahlungen in Anwendung kommen. Dieser Antrag, sowie ein weiterer, wo die Krankenversicherung weggelassen wurde, fand die Zustimmung der Generalversammlung nicht. Dieses muß eigentlich berühren. Handelte

es sich bei diesem Antrag doch darum, dafür zu sorgen, daß die im Kriege befindlichen Kassenmitglieder sich während dieser Zeit nicht schlechter sehen sollen, als die zu Hause in Arbeit gebliebenen. Seitens der Volksten wurde der Antrag auf das wärmste befürwortet und die Versammlung an ihre vaterländische Pflicht erinnert. Von der Verwaltung wurden die dadurch notwendigen hohen Ausgaben hervorgehoben und der Vertreter der Aufsichtsbekörde kündigte an, daß wohlgeheintlich im Falle der Annahme des Antrages die Aufsichtsbekörde die Genehmigung verweigern würde. Ganz mit Recht wurde von einem Volkstest erklärt, daß die Geldfrage nicht ausschlaggebend sein dürfe, jetzt frage man auch nicht darnach, wo das Geld herkäme. Nicht mit Worten, sondern mit Taten, sollte man den Dank an die Krieger abstellen. Sämtliche Wertvertreter und Beamte sowie einige andere Herren stimmten dem Antrag nieder und konnte deshalb die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden. Um wenigstens etwas zu retten, stellten unsere Volksten den Antrag, daß jede Woche bei der Invalidentversicherung mit 10 Pf., bei der Witwenversicherung mit 5 Pf. Steigerung bei der Jahresrechnung in Anrechnung kommen soll für diejenigen, welche jetzt Kriegsdienst leisten sowie die auf Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monate. Dieser Antrag wurde angenommen. Damit war die Tagesordnung erledigt. M. K.

Bayerische Regierung gegen ein Reichsnappschaffengesetz.

Ueber die Verhandlungen im Finanzausschuß der bayerischen Abgeordnetenversammlung am 28. Oktober besagt der amtliche Bericht: In Fortsetzung der Beratung des Etats der Bergbehörden wurden zunächst zwei Anträge Vogel (Herzbrud)-Profil behandelt, von denen der eine die Vorlage eines Krieges-Knappschaffengesetzes verlangte, der andere die Herabsetzung einer eigenen Gemeinschaft aller bayerischen Knappschaffervereine bezw. ein Reichsnappschaffengesetz und damit einen Allgemeinen Knappschafferverein. Der Berichterstatter erklärte, der erste Antrag könne der Regierung als Ausdruck der Wünsche der besetzten Kreise dienen. Die Vorlage des Gesetzeswerkes sei für die bayerische Regierung in dieser Session nicht möglich, so wünschenswert auch eine Zentralisierung innerhalb Bayerns wäre. Eine Zentralisierung in Berlin müsse er ablehnen. Ein anderes Mitglied betonte, daß ein Auszug der Kassenleistungen über das ganze Reich bayerische Vereine benachteiligen und den Einfluß der bayerischen Bergarbeiter im Gewerkschaftswesen schädigen würde. Dem trat ein anderer Redner bei. Ein Regierungsvertreter erklärte, der Gesetzesentwurf eines Krieges-Knappschaffengesetzes sei im Ministerium fertiggestellt; darin seien die wichtigsten Wünsche des ersten Antrages berücksichtigt. Bezüglich der Zentralisierung der bayerischen Knappschaffervereine seien große Schwierigkeiten und Widerstände zu erwarten. Die Regierung habe die verfassungsrechtliche Prüfung der Frage veranlaßt. Ein weiteres Vorgehen der Staatsregierung sei durch den Krieg unmöglich geworden. Sie bleibe auch weiterhin auf dem Standpunkt stehen, daß das Bergrecht Gegenstand der Landesrechtlichen Regelung sei. Der Berichterstatter führte aus, die Frage des Zusammenschlusses der Knappschaffervereine sei mindestens der Prüfung wert.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Beide von der Senbt. Die Kohlenwagen werden hier mit Nummern nummeriert. Trotzdem kommt es vor, daß einzelnen Kameradschaften bis zu 12 Wagen im Monat fehlen. Woran das liegt, wissen die Arbeiter nicht. Auf eine Beschwerde sagte der Betriebsführer, er könne es nicht ändern, zudem würden auch die den Arbeitern fehlenden Wagen bezahlt, das Geld dafür käme in die Unterstützungskasse; auch glaube er dem Aufseher mehr wie dem betreffenden Arbeiter. Wir sind da doch der Meinung, daß es richtiger wäre zu untersuchen, worauf das Fehlen der Wagen zurückzuführen ist. Die Arbeiter können fordern, daß sie ihre geforderten Wagen auch bezahlt erhalten. Es ist wirklich kein besonderer Trost, daß das Geld für die fehlenden Wagen in die Unterstützungskasse kommt. Wie ist das übrigens möglich, daß das Geld für die Wagen, welche den Arbeitern fehlen, in die Unterstützungskasse kommen kann?

Beide Sölland III und IV. Zu der Verichtigung dieser Beide in Nr. 48 der „Bergarb.-Ztg.“ teilt uns unser Gewährsmann mit, daß er seine Angaben in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ aufrecht hält. Wenn es auch vorkommen kann, daß aus irgend einem Grunde Kohlen zurückbleiben, so müssen diese doch dann mit angeschrieben werden, wenn sie herauskommen. Tatsache ist aber, daß Arbeiter Kohlen in dem angegebenen Umfang gefehlt haben. Tatsache ist es ferner, daß der Kohlenanfuhrer R. die fragliche Neuerung getan hat. Es sind auch schon Beschwerden über das Fehlen von Kohlen geführt und es ist darauf auch Abhilfe zugesagt worden, aber die erwartete Besserung ist leider nicht eingetreten.

Beide Viktoria (Kupferberg). Hier wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Arbeiter ab 1. November für die Wintermonate statt 200 nur noch 180 und für die Sommermonate statt 150 nur noch 120 Dreipfundbriketts als Brandholz erhalten sollen. Darüber sind die Arbeiter mit Recht sehr ungehalten. Vurgfriedlich ist diese Schmälerung der Brandholz auf keinen Fall, und darum sollte die Bekörde, die über den Vurgfriedchen wacht, auch hier einmal nach dem Rechten sehen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Ueber die Behandlung kriegsgefangener Arbeiter

wird der „Rölnischen Volkszeitung“ (Nr. 832) aus dem Mosel-Wein-gebiet geschrieben:

„In allen Moselorten hat man zur Weinlese Gefangene zur Aushilfe. Sie sind im allgemeinen fleißig und willig, werden infolge dessen von der Bevölkerung auch gut behandelt und fühlen sich erstlich arbeitsordentlich wohl. Die meisten haben nach und nach einige deutsche Sprachkenntnisse erworben und verstehen sich gut auf die Zeichensprache. Viele erklären, daß sie in Deutschland bleiben wollen. Wenn das auch nicht der Fall sein wird, so kann doch der lange Aufenthalt Hunderttausender von Nutzen und ihre Heranziehung in alle möglichen deutschen Verhältnisse und Betriebe, der Einbildung, der ihnen unter für sie freundlichen und wohlwollenden Formen in das deutsche Volksleben überall gewährt wird, nicht ohne dauernde Folgen für ihr ganzes Denken und Vorstellen Deutschland gegenüber und die späteren Beziehungen unserer Völker untereinander bleiben. Gassen kann man ja auch, daß die gute Behandlung der Gefangenen und der anderen fremdländischen Arbeiter. Dabei haben wir uns noch jüngst bei einer Verhandlung mit Behörden über die Art der Beschäftigung dieser Arbeiter überzeugt. Der für sie nun einmal geltenden kriegsrechtlichen Disziplin und strengen militärisch-polizeilichen Kontrolle müssen sie sich unterwerfen; das müssen die deutschen Kriegsgefangenen im Auslande ja auch. Aber alles was darüber hinausgeht, findet weder die behördliche Billigung, noch ist es der Förderung des deutschen Ansehens und der späteren Abmahnung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zuträglich. Das wollen sich alle solche Leute merken, die nicht befehlen, daß der Krieg auch vorübergeht und dann die heimgekehrten Gefangenen in ihrem Vaterlande erzählen werden, was für Erfahrungen sie in Deutschland machen mußten.“

Lohnerhöhung für die Bergarbeiter in Holland.

Unser holländischer Bruderverband, der *Mijnwerkersbond*, hat zusammen mit dem dortigen christlichen Verband von den Begehren eine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter von 15 Prozent gefordert und erhalten. Dadurch steigt der Durchschnittslohn der Hauer pro Schicht auf 4 Gulden (1 Gulden = 100 Cents = 1,70 M.), der Hefehauer auf 3,60 Gulden, der Bedingeschlepper auf 3,20 Gulden. Zudem erhalten die Familienväter, welche mehr als zwei Kinder haben, für jedes weitere Kind noch eine besondere Zulage von 2 Gulden monatlich. Die Gesamtlohnerhöhung beträgt pro Jahr 1 250 000 Gulden oder 2 125 000 Mark.

Verdorbene Lebensmittel.

In einem Artikel „Leurige Erfahrungen“ beschäftigt sich der „Evangelische Arbeiterbote“ (Nr. 40) mit der Teuerung. Nachdem das Blatt scharfe Worte gegen die Wucherer gefunden hat, wendet es sich der Frage der vielfach verdorbenen Lebensmittel zu. Es schreibt:

„Was aber soll unser Volk von der anderen Laitsache denken und reden, von der gleichfalls dieser Tage erkrankte Mittelklassen durch die Wälder gingen: daß sich ganze Geschäftsunternahmen auf den Weg machen, die sich lediglich mit dem Aufkaufen verdorbener Lebensmittel befassen? Es ist ja klar, daß bei der überhäufteten Herstellung von sogen. Dauerwaren im Nachwinter des Jahres, wie sie in gutgemeintem Eifer von Stadtverwaltungen usw. in die Wege geleitet wurde, starke Feststellungsübersehen vorkamen. Aber rehet es nicht wirklich Wände, wenn in großen Angelegen solche Massenangebote von verdorbenen Lebensmitteln erscheinen, wenn verdorbene Wurst oder gefälschtes Fleisch hundertenweise als Schweinefuttermittel „offertiert“ wird, oder wenn sich jetzt in Berlin eine „Zentrale“ für den Vertrieb verdorbener Lebensmittel gebildet hat, die sich in einer der großen Berliner Markthallen der interessierten Geschäftswelt durch ein mächtiges Melkameschild empfiehlt, darauf zu lesen steht:

Zur Verfügung gestellte
Verdorbene Lebensmittel

nicht mehr zur menschlichen Nahrung geeignet,
übernimmt sofort waggon- oder fuhrtenweise
(folgt Firma)

Man erfährt doch auch das laufende Volk, das sich mühsam die Großen zusammenfucht, um ein paar Pfund Gemüse heimzutragen, wofin alle die riesigen Vorräte wandern, die zwar da sind, aber nicht billiger abgegeben werden. „Waggonweise“ werden sie von den betrieblichen Geschäftsleuten in verdorbenem Zustand entgegengenommen, um möglichst teuer als Viehfutter oder Gott weiß, zu welchen Zwecken, verwertet zu werden. Selbstverständlich bleiben auch in friedlichen Zeiten Marktreste in Fülle übrig und es ist an sich zu begriffen, wenn auch sie noch auf irgend welche vernünftige Weise Verwendung finden und nicht etwa gar auf dem Umwege geschädigt „Verarbeitung“ womöglich doch wieder in den Lebensmittelhandel eingeschmuggelt werden. Aber gegenwärtig scheint denn doch der Handel mit „verdorbenen Lebensmitteln“ einen Aufschwung anzunehmen, der auf vielfach ungesunde Marktverhältnisse hinweist, ja, der in seiner Art Wände rehet.“

Wir teilen die Entrüstung des evangelischen Arbeiterorgans, aber wir können uns nicht den Entschuldigungen anschließen, die das Blatt Stadtverwaltungen usw. zuteil werden läßt wegen überhäufteter Herstellung von sogen. Dauerwaren. Es mag sein, daß Herstellungsübersehen vorgekommen sind, aber das entschuldigt nicht das Verderbenlassen der Waren. Ehe es so weit kam, hätten die Waren in den Gassen gebracht werden müssen und zwar zu Preisen, die auch die ärmere Bevölkerung zum Kauf gereizt hätten. Wir gehen noch weiter, soweit Stadtverwaltungen Lagerbestände beschaffen, waren sie verpflichtet, Kontrolle über den Zustand der Waren anzustellen, sie auf schnellstem Wege an Abnehmer zu bringen, wenn Gefahr bestand, daß die Waren verderben konnten. Die Mittel, solches leicht festzustellen, haben die Stadtverwaltungen. Wo dies vernachlässigt worden ist, und wo dadurch große Mengen Nahrungsmittel zugrunde gegangen sind, da haben sich die Stadtverwaltungen die größten Pflichtverletzungen zuschulden kommen lassen, und nachträgliche strengste Untersuchungen wären am Platze, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Kam bei den Städten Pflichtverhältnis in Frage, so bei den Großhändlern und Spekulanten, die Waren verderben ließen, schöne Gewinnjucht. Hier wäre strafrechtliche Verfolgung das einzig richtige, denn hier haben wir es durchweg mit skrupellosen Wucher zu tun. Deutsche, die in der Zeit der Lebensmittelnot nur daran denken, wie sie diese Notlage für sich gewinnbringend ausnützen können und die Waren eher verderben lassen, als sie zu erschwinglichen Preisen auf den Markt zu bringen, verdienen keine Schonung, sondern strengste Freiheitsstrafen und öffentliche Brandmarkung.

Sogar die Gelben werden rebellisch.

In einer Polemik des „Werkereins“ (Eisen) vom 23. Oktober gegen das Essener Zentrumsblatt „Volksfreund“, heißt es u. a.:

„Daß die Lebensmittelteuerung ein Skandal ist, brauchen wir nicht ausdrücklich wieder und wieder hervorzuheben. Es ist leider nur zu erklärlich, daß eine Regierung, die sich schodweise von Leuten, die von der Sache nichts verstehen, das Konzept herberben läßt, nicht so arbeiten kann, wie es dringend notwendig ist. Deshalb ist es durchaus richtig, wenn die Militärärzte ohne jedes Bureau selbstmächtig einschreiten, den Lebensmittelwuchern jeder Art, vom geizigen Landwirt, beruhsmäßigen Großwucherer und Schmatzoper bis zum pfundvertreuernden Kleinhändler, an den Kragen gehen.“

Wenn sich eine solche Empörung selbst bei den geduldbigen Gelben breit macht, dann kann das als Gradmesser für die Erbitterung dienen, die gegenwärtig im Volke herrscht.

Was sind Wucherpreise?

Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 41 vom 9. Oktober), das Organ der katholischen Arbeitervereine, untersucht die Frage: „Was sind Wucherpreise?“ Sie kommt nicht zu einem abschließenden Urteil, fordert aber wiederholt auf, daß die Verbraucher in allen Fällen, wo unberechtigte Gewinne genommen werden, Anzeige erlassen; und kann förmlich die zuständigen Stellen im Eingefalle entscheiden, was Wucherpreise sind. Weiter heißt es in dem Artikel:

„Eine Untersuchung und Zusammenstellung über das, was an gefundenen Nahrungsmitteln infolge der Spekulation und Gewinnjucht verkauft, verpackt und verdorben ist, müßte sehr lehrreich wirken. Die Verordnungen gegen Wucherpreise aber müßten nicht nur in den kassen Fällen, wo ein einzelner Spekulant Riesengewinne zu erlangen sucht, Anwendung finden, sondern auch dann, wenn die ungeund entwickelte Marktfrage nach und nach eine ungedrehtfertige Bereicherung einer Minderheit auf Kosten des ganzen Volkes gestattet.“

In einer zweiten Abhandlung befaßt sich das Blatt mit den Rechtsergänzungen landwirtschaftlicher Wortführer gegen Angriffe auf die Gewinnjucht weiter bäuerlicher Kreise. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ befreitet, daß die Produktion sich in dem Maße und in der Allgemeinheit verteuert habe, wie es in den Lebensmittelpreisen zum Ausdruck kommt. Es gäbe sogar Gegenben, wo durch die Gefangenenbeschäftigung die Arbeitslöhne sich verbilligt haben. Was den Kundendruck betreffe, so werde solcher besonders in Süd- und Mitteldeutschland sowie am Rhein gar nicht oder geringfügig bemerkt, im Norden und Nordwesten, wo ähnlich schwerer Boden herrsche, ebenfalls nur wenig. Somit könne hier der geltezene Futtermittelpreis nicht verteuern wirken. Nechlich sei es bei den Futtermitteln:

„Ein großer Teil der Landwirte des Südens, der Mitte und des Westens kauft kaum jemals Futter zu. Die Veltuchen z. B. sind ihnen immer noch ein Erzeugnis, das sie entweder nicht kennen oder mit Mißtrauen betrachten. Die im Nordwesten und Osten so beliebte russische Futtermittel gelangt kaum jemals auf unsere Höfe.“

Der Artikel kommt zu dem Schluß:

„Es kann deshalb nicht zugegeben werden, daß die Landwirte in ihrer Allgemeinheit die jetzigen hohen Preise verlangen können, weil die Rohstoffe ja teuer geworden sind. Das in Anspruch zu nehmen, ist nur ein Teil der Landwirte berechtigt.“

Es muß sehr bitter gerade für die M. Gladbacher „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ sein, in dieser Weise gegen jene Berufsgruppe schreiben zu müssen, für deren Interessen sie gelegentlich der Zollratberatungen so energisch und so einseitig ins Feuer gegangen ist.

Für den Unterstützungsfonds

der Hinterbliebenen der zu den Fahnen einberufenen Mitglieder für im Oktober folgende Beiträge eingegangen:

- a) In bar: Zählstelle Wieda-Alfeln (Bez. Dortmund) 8,—, Wüderich (Bez. Wörs) 16,05, Nepsen (Bez. Wörs) 12,88, Weidrich (Bez. Oberhausen) 10,45, Verlich (Bez. Nedlinghausen) 13,70, Wberade (Bez. Oberhausen) 5,—, Emsen (Bez. Nedlinghausen) 5,—, Wberich I (Bez. Oberhausen) 13,70, Nedlinghausen-Süd II (Bez. Nedlinghausen) 11,65, Oberhausen I (Bez. Oberhausen) 5,—, Wberich (Bez. Nedlinghausen) 13,50, Marten (Bez. Dortmund) 30,—, Sterade II (Bez. Oberhausen) 10,—, Marzloch I (Bez. Oberhausen) 20,8, Biefang (Bez. Oberhausen) 3,05, Walsum (Bez. Oberhausen) 1,—, b) Freiwilliger Beitrag v. Knappschafftsälteste Knappschafftsältestenkommissionsbezirk: Essen 5,70, Ehrichmann-Wieda-Alfeln 16,— M.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 45. Woche (vom 31. Oktober bis 6. November 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge beforzt zu sein.

Nähtung, Kameraden von Niederschlesien!

Diesigen Kameraden, welche ihre Anerkennungsgebühren für das zweite Halbjahr 1915 an die Niederschlesische Knappschafftskasse in Walsenburg gemeinsam einbringen wollen, können sich vom 4. bis 20. November beim Kameraden Julius Kleinwachter, Sochhelbe Mottekstraße 10, melden.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit der Revision unnötige Wege erspart bleiben:

- Altenbochum. Vom 15. Oktober bis 15. November.
- Orde. Vom 1. bis 15. November.
- Sommerberg. Vom 1. bis 15. November.
- Stollberg. Im November.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Ahlen. Die Krankenunterstützung wird vom 1. November ab vom Kameraden Reichstäder, Vergmannstr. 10, ausbezahlt.

Abreissveränderungen.

Buer. Der Vertrauensmann Simmel wohnt vom 1. November ab Schaller Straße Nr. 8 in Buer.
Niemke. Die Geschäfte des I. Vertrauensmannes führt jetzt der Kamerad Eduard Reichelt in Niemke, Hermannstraße 82.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- | | |
|--------------------------------|----------------------------------|
| Anton Reimann, Wehmar. | Ernst Gerlach, Altgendortmund. |
| Otto Ziske, Teudern. | Peter Buchjäger, Freisenbruch. |
| Arthur Grunert, Teudern. | Wlfrid Gebauer, Kamen II. |
| August Köster, Teudern. | Wilhelm Schäfer, Kamen II. |
| Arno Gentsch, Teudern. | Karl Opppe, Kamen II. |
| Wulf Somay, Gelsenkirchen VII. | Aug. Heinrichs, Bochum II. |
| Friedrich Bodt, Sellingen. | Fritz Johann, Bepfif. |
| Erwald Gehring, Luerenburg. | Otto Hähler, Theifen. |
| August Euler, Luerenburg. | Hugo Schaffrucht, Hohenmüllsen. |
| Erwald Breit, Luerenburg. | Paul Gentsch, Gullisch. |
| Bruno Jungmans, Mitteldorf. | Lito Berje, Stodum. |
| Lito Krebing, Linen-Süd. | Franz Müller, Fulcrum. |
| Albert Krug, Linen-Süd. | Friedrich Dominik, Fulcrum. |
| Willy Müller, Stollberg. | August Witt, Fulcrum. |
| Paul Fegold, Herzogenrath. | Amund Bode, Müntze. |
| Franz Jäger, Tolkoth. | Gottfried Wollnauer, Müntze. |
| Wulf Schmidt, Gladbach I. | Gustav Zahn, Müntze. |
| August Rath, Ebing II. | Andr. Kösthenreuther, Hohnsdorf. |
| Robert Reimann, Ebing II. | Max Scheiner, Hohnsdorf. |
| Wilhelm Schörn, Stodum. | Emil Mehring, Hohnsdorf. |
| Ernst Knoll, Weimar II. | Heinrich Paarmann, Stiepel I. |
| August Stinka, Kirchlinde. | Herrn. Eisenknecht, Bernburg. |
| Heinrich Kortum, Kirchlinde. | Willy Schulz, Bernburg. |
| Fritz Bilka, Kirchlinde. | Heinrich Schreier, Steele. |
| Otto Schier, Gottesberg. | Wilhelm Lindenbaum, Steele. |
| Benno König, Gottesberg. | Eduard Balke, Glatthof-Zawelche. |
| Johann Trojan, Alteneffen II. | Paul Stahn, Unseburg. |
| Gustav Witt, Alteneffen II. | Franz Schmidt, Unseburg. |
| Arno Sonntag, Forst-Emischer. | Joh. Buschweiff, Dortmund III. |
| Wenzel Kraus, Forst-Emischer. | Albert Lange, Dortmund III. |
| Karl Kofzka, Forst-Emischer. | |

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten! Verichtigung. Das in Nr. 40 als gefallene gemeldete Mitglied Emil Schürer ist als vermählt zu betrachten.

Neuesten-Kommissionsitzungen

finden statt am Sonntag, den 7. November 1915:
Bochum, nachmittags 3 Uhr, im Konferenzzimmer des Bergarbeiterheims.
Dortmund, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund. Ed. Lebnig- und Leiffingstraße.
Essen, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gasthaus „Groß-Eisen“, Steelerstraße 17.
Welsenkirchen, vormittags 9 Uhr, bei Eckermann, Ottilienstraße 15.
Gerne, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale Schmidt (früher Stadel) in Nedlinghausen.
Oberhausen, nachmittags 3 Uhr, bei Willmsen in Oberhausen, Fretzichstraße-Ende.
Es ist nötig, daß die Neuesten alle erscheinen, da die Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung auf der Tagesordnung steht.
Die Obmänner der Kommissionen

In unserem Verlage ist erschienen der bei Vergleuten beliebte

Bergarbeiter-Laschenkalender

für das Jahr 1916.

Inhalts-Verzeichnis:
Abreissafel — Wochentage — In unsere Kameraden vom Eisen — Bergbehörden — Dantes Werke — Der Tod vor Alter — Einkommenrechnen in Preußen, Sachsen und Bayern — Ein Nachtrag — Wochensprache — Gewerkschaftspreise — Grubenunfälle in Deutschland und im Auslande — Humanitäres — Kasse — Krieges-Ehrenmit — Kriegszentren — Kriegswundärztlichen-Unterstützung — Leistungen des Bergarbeiterverbandes — Lohnschafftagnahme — Wäge und Gewichte — Waschkalender — Diertabelle — Vorkasse der Post — Sonnen- und Mondfinsternisse — Sozialistische Presse — Weichsprache — Zeitunterstützung und Spenden wichtiger Plätze und verschiedenes andere sowie extra noch 32 leere Seiten für Notizen.

Der glatte Abgang der vorjährigen Auflage ermutigte uns, trotz des Krieges auch für das Jahr 1916 den bei Bergarbeitern gut eingeführten Bergarbeiter-Laschenkalender herauszugeben.
Bestellungen erbitten wir uns durch die Ortsverwaltungen.
Der mit Bleistift gelieferte Kalender kostet nur 50 Pf.
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 42